

KURZ NOTIERT

von Nadine Willner

Die Autorin ist an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNNE) und arbeitet zu nachhaltigen Entwicklungsmodellen.

■ Andere Zeiten nach 25 Jahren Pariser Friedensabkommen? Erwünscht!

25 Jahre sind seit dem Pariser Friedensabkommen, das 1991 das Ende des Krieges zwischen Kambodscha und Vietnam besiegelte, vergangen. Erfolge hinsichtlich politischer Entwicklungen als auch der Vergangenheitsbewältigung zeichnen sich allerdings eher schwach ab. Die Umsetzung der 1991 eingeführten demokratischen Verfassung erweist sich als schwierig. Es ist eher die Regel als die Ausnahme, wenn Oppositionelle verhaftet werden, Regierungs-

kritikerInnen verfolgt werden und etliche Menschenrechtsverletzungen zu beobachten sind. Das Justizsystem agiert als Marionette der Regierung Hun Sen, der keinerlei Bemühungen zeigt, die politische Macht im Land zu teilen oder gar abzugeben. Von positiven Effekten profitieren nur wenige. Die Ursachen für das politische Versagen und für die aktuellen Krisen des Landes suchen die Verantwortlichen regelmäßig in der Vergangenheit. Die Vereinten Natio-

nen kritisieren die Regierung für ihre permanente Schuldsuche in den Ereignissen vor 1991. Es ist Zeit endlich umzudenken, fordert die UN. Im Hinblick auf die lokalen und nationalen Wahlen 2017 und 2018 muss vor allem das tiefe Misstrauen zwischen den politischen Eliten überwunden werden, um sicherzustellen, dass weitere Forderungen des 25 Jahre alten Abkommens erfüllt werden.

Radio Free Asia 19.10.2016

UN OHCHR 20.10.2016

■ Laut Weltbank auf einem guten Weg

Ein aktuelles Update der Weltbank über die Entwicklung Kambodschas lobt das Land für die positiven Fortschritte in den letzten Jahren über unterschiedliche Sektoren hinweg. Kambodscha verzeichnete ein starkes wirtschaftliches Wachstum während der letzten zwei Jahre. Die Textilindustrie, der Bausektor und der Servicebereich sind die treibenden wirtschaftlichen Kräfte im Land. Allerdings hat die hohe Nachfrage in diesen Sektoren Auswirkungen auf das Wachstum

in der Landwirtschaft, das vergleichsweise langsam vorangeht. Dennoch sinkt die Armut im Land stetig, wenn auch langsamer als in den Jahren zuvor.

Besondere Prioritäten werden auf die Entwicklung des Gesundheits- und Bildungsektors gelegt. Die Gesundheit von Müttern und die frühkindliche Entwicklung haben sich während der letzten Jahre stark verbessert. Weiter positiv ist, dass 95,3 Prozent der schulpflichtigen Kinder in örtlichen Schulen registriert sind.

Trotz Verbesserungen erwachsen viele Probleme aus dem schwachen öffentlichen Dienstleistungssektor – diese begründen sich in: Wirkungslosigkeit von Entwicklungsmaßnahmen, Ressourcenmanagement, ökologischer Nachhaltigkeit und Good Governance. Eine Priorisierung auf diese Bereiche könnte laut Weltbank weiteres Wachstum hervorbringen und positiv auf die Armutsbekämpfung wirken.

Weltbank Update September 2016

■ ArbeitssklavInnen klagen - endlich

Im Juni 2014 kamen erdrückende Wahrheiten über die internationale Fischereiindustrie in Südostasien zutage. Besonders belastet wurde Thailands Fischindustrie, der vorgeworfen wurde, ArbeitssklavInnen auf den Fischkuttern festzuhalten. Jetzt verklagten sieben KambodschanerInnen vier Lieferanten aus den USA und Thailand vor einem kalifornischen Gericht. Sie erklärten, verschleppt worden zu sein, um unter sklavenähnlichen Bedingungen für eine thailändische Fischerei zu arbei-

ten. Ihnen wurde mehr Geld versprochen, dafür gaben sie ihr Land auf und nahmen einen Kredit auf, um die Reise zu finanzieren. Sie arbeiteten sechs bis sieben Tage die Woche, für einen geringen Lohn, sie schliefen auf Betonböden und ein Bad wurde mit 200 anderen ArbeiterInnen geteilt. Pässe und Reisedokumente wurden ihnen entzogen und nur gegen eine hohe Gebühr wieder ausgehändigt. Selbst Essen konnten sie sich nicht leisten. Als die Betroffenen in ihre Heimat zurück-

gingen, waren sie verschuldet und haben zudem oft auch ihr zurückgelassenes Land verloren. Die KlägerInnen werfen den Unternehmen in Asien und in den USA vor, von den Zuständen der ArbeiterInnen gewusst zu haben. Human Rights Watch begrüßt das Vorgehen der KambodschanerInnen. Zu oft würden Händler Menschenrechtsverletzungen innerhalb ihrer Lieferketten übersehen. Ob die Klage Erfolg hat, ist bisher noch offen.

The Guardian 11.6.2016

The Guardian 18.9.2016